

## Allgemeines.

Teil für die  
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Die Tariffbewegung in München.

Seit unsere Tariffbewegung im Gange ist, laufen fortwährend Anfragen über ihren Stand ein, die sich besonders nach der Bekanntgabe des ersten Verhandlungsergebnisses in No. 51 der »Graph. Presse« (Rundschau) häuften. Das zeigt uns, daß unter allen im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen Interesse dafür gezeigt wird, wie das zum ersten Mal auf den Plan getretene graphische Kartell in München bei einer Lohnbewegung funktioniert. Wir wollen daher alle Anfragenden durch einen ausführlichen Bericht über den ferneren Verlauf unserer Bewegung seit dem Abschluß des Tarifes mit 14 Firmen am 29. November 1907 zu befriedigen versuchen.

Jenem Tarifabschluß haben sich inzwischen noch 2 Firmen angeschlossen, so daß jetzt 16 Firmen unseren Tarif anerkannt haben, während die 9 dem Schutzverband beigetretenen Firmen nach wie vor den tarifeindlichen Standpunkt des Herrn Dr. Gerschel teilen. Trotzdem hatte eine starkbesuchte Versammlung aller im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen die Tariffkommission beauftragt, den am 29. November 1907 vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarif auch den tarifeindlichen Schutzverbandsfirmen zu unterbreiten. Diese übergaben ihn ihrem Zentralvorstand, der unseren Hauptvorstand für den 27. Dezember 1907 zu Verhandlungen an Ort und Stelle einlud.

Als die Ortsverwaltung die diesbezüglichen Mitteilungen bekam, war es für sie ohne weiteres klar, daß die Verhandlungen nur in derselben Weise wie vor dem Gewerbegericht, nämlich unter Beteiligung von Vertretern aller in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, geführt werden könnten. Daher betraute unser Verband die Kollegen Spann und Baumann, der Hilfsarbeiterverband die Kollegen Schmid und Pfaffl und die Buchbinder die Kollegen Faust und Klobier mit der Vertretung bei den Verhandlungen, an denen außerdem als Vertreter unseres Hauptvorstandes der Kollege Sillier und als Vertreter des graphischen Kartells der Kollege Wassermann teilnehmen sollte.

Dr. Gerschel eröffnete am 27. Dezember, vormittags 10 Uhr in der Münchener Handelskammer die Verhandlungen mit der Mitteilung, daß sich die Sitzung analog der Abmachungen zwischen dem Schutzverband und dem Deutschen Senefelder-Bund lediglich mit der Festsetzung eines Minimallohnes für Ausgelernte und mit der Aufbesserung unzureichender Löhne zu beschäftigen habe, da im übrigen nach dem Ablauf des Tarifes jene Abmachungen auch in München in Kraft zu treten hätten. Um die Erneuerung des Tarifes könne es sich bei den Schutzverbandsfirmen nicht handeln. Von unserer Seite wurde zunächst betont, daß wir auf Grund unserer Mandate nur gemeinsam über alle drei in Frage kommenden Sparten verhandeln könnten, worauf Dr. Gerschel erklärte, daß er gegen die Anwesenheit von Vertretern der Verbände der Buchbinder und Hilfsarbeiter nichts einzuwenden habe, daß aber der Schutzverband nur gegen Lithographen und Steindruckern da sei (!), so daß nur für diese bindende Abmachungen getroffen werden könnten. Die Buchbinder und das Hilfspersonal könnten ja örtliche oder geschäftliche Tarife abschließen. Im übrigen wundere er sich, daß wir nicht auch die in unseren Betrieben beschäftigten Kistenmacher usw. zugezogen hätten! Wir legten noch einmal eingehend klar, daß genau so wie bei dem Tarifabschluß mit den 16 Münchener Firmen auch die gegenwärtigen Verhandlungen nur

mit allen drei Sparten möglich seien, worauf Herr Dr. Gerschel barsch erklärte, heute müßten die Verhandlungen mit den Lithographen und Steindruckern zu Ende geführt werden, da er nicht Lust habe, sechsmal nach München zu kommen. Als wenn wir ihn darum gebeten hätten! Uns zu Liebe kam er doch jedenfalls nicht! Sein Kommen resultiert doch lediglich aus seinem Machtkitzel als Vorsitzender des Schutzverbandes. Es lag nicht einmal im Interesse der hiesigen Prinzipale, mit denen wir uns jetzt ohne Herrn Dr. Hugo Gerschel genau so friedlich geeinigt hätten, wie bei dem Tarifabschluß vor drei Jahren, oder wie wir uns am 29. November mit der überwiegenden Mehrzahl der hiesigen Firmen geeinigt haben. Wir blieben denn auch seiner anmaßenden Aeußerung gegenüber die Antwort nicht schuldig. Kollege Wassermann erklärte namens unserer Vertreter, daß unter diesen Umständen unsere Mission beendet sei, und die Gehilfen verließen den Saal, Herrn Dr. Gerschel und seine Getreuen mit langen Gesichtern allein lassend. Wir haben den Frieden in München gewollt. Wenn er gestört wird, so liegt es einzig und allein an Herrn Dr. Gerschel, wodurch wiederum sein »segensreiches Wirken für den Frieden im Gewerbe« recht eigentümlich illustriert wird.

Für den 28. Dezember hatte die Tariffkommission eine große, allgemeine Versammlung aller dem graphischen Kartell angeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen in den größten Saal Münchens (Kindlkeller) einberufen. Der Besuch übertraf alle Erwartungen. Etwa 4000 Angehörige der drei Sparten waren versammelt, um Protest einzulegen gegen das tarifeindliche Gebahren einzelner Münchener Firmen. Zunächst referierte Landtagsabgeordneter Rollwagen eingehend über die Bedeutung von Tarifen. Er betonte im Laufe seiner Ausführungen, daß die am 29. November von den dem Schutzverband nicht angehörenden Firmen akzeptierten Forderungen der Gehilfen so bescheiden wären, daß sie wohl von allen Anstalten hätten anerkannt werden können. Die Schutzverbandsprinzipale scheinen aber, um »Herren im Hause« zu bleiben, einen Kampf zu wollen. Tarifverträge waren und sind noch immer die Basis für den gewerblichen Frieden. Die bayerische Regierung habe in einem Erlaß den Fabrikinspektoren nahegelegt, dahin zu wirken, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge geregelt werden. Die Industriellen aber tun, was sie wollen, obwohl der Staat ihnen nach Millionen zählende Aufträge in den Schoß wirft. Redner übte an dem Verhalten des Schutzverbandes, der bestrebt sei, die Lohnverhältnisse willkürlich und einseitig festzusetzen, eine scharfe Kritik und forderte auf, durch festes Zusammenhalten den Starrsinn der im Schutzverband organisierten Unternehmer zu brechen.

Hierauf berichtete Kollege Wassermann, in welcher Weise die Tariffkommission den Auftrag der vorigen Versammlung zu erledigen versucht habe, den Tarif auch den tarifeindlichen Firmen zu unterbreiten. Die Verhandlungen seien gescheitert. Die Kommission sei sich des Ernstes der Lage bewußt gewesen, als sie sich von den Verhandlungen zurückzog. Allein es könne nie und nimmer zugegeben werden, daß die Herren des Schutzverbandes, die vor 1½ Jahren katäpeltend 4000 Familienväter aufs Pflaster warfen, einen Teil der Arbeiter des graphischen Gewerbes gegen den anderen ausspielen. Der Redner überließ die Entscheidung der Versammlung, welche Schritte nun einzuschlagen sind. Gauleiter Schmidt sprach seine Vermutung aus, daß der Schutzverband bestrebt war, die Buchbinder und Hilfsarbeiter durch vollständige Ausschaltung aus den Verhandlungen an die Wand zu drücken. Die dem Schutzverband angehörenden Firmen wollen einen Kampf heraufbeschwören und glauben, daß sie mit den Lithographen und

Steindruckern leichter fertig werden. Die Forderungen können leicht erfüllt werden, sie sind das Minimum dessen, was zum Leben notwendig sei. Redner forderte zu Disziplin und Solidarität auf. Die Arbeiter im graphischen Beruf führen einen Kampf ums Recht und der Kampf um die Gerechtigkeit habe noch immer zum Ziele geführt. Nach weiterer lebhafter Diskussion versicherte Gewerkschaftssekretär Jacobsen die Angehörigen des graphischen Berufes der Sympathie der Münchener Arbeiterschaft, die diesen Kampf zu dem ihrigen machen werde. Hierauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

»Die Versammlung nimmt mit Bedauern von dem ablehnenden Verhalten der Schutzverbandsfirmen im Lithographen- und Steindruckergewerbe Kenntnis. Die Anwesenden sympathisieren völlig mit dem sich im Lohnkampfe befindlichen Personal der technischen Betriebe der lithographischen Anstalten der tarifeindlichen Schutzverbandsfirmen und versprechen, sobald es zu ersten Differenzen kommen sollte, vollste Solidarität walten zu lassen und die weitgehendste moralische Unterstützung in Anwendung zu bringen. Die Versammlung wünscht, daß die Tariffkommission alle gesetzlichen Wege beschreitet, um auch die dem Schutzverbände angeschlossenen Firmen zu bewegen, die mit den tarifeindlichen Firmen abgeschlossenen Bestimmungen in ihren Betrieben zur Einführung zu bringen.«

Das ist also der gegenwärtige Stand unserer Bewegung. Es sei noch einmal betont, daß wir den Kampf nicht wollen, daß wir zur friedlichen Regelung der Verhältnisse nach wie vor bereit sind. Wollen aber die tarifeindlichen Firmen den Kampf, dann sollen sie uns jedenfalls gerüstet finden. Wir vertrauen auf die Solidarität der ganzen deutschen Kollegenschaft. Bevor unsere Sache nicht beendet ist, darf im eigensten Interesse kein Kollege Stellung nach München annehmen.

M. W.

### Bezirks-Konferenz der Bezirke Dresden u. Chemnitz

am 22. Dezbr. im Volkshause in Dresden.

Der Vorsitzende der Agitations-Kommission Dresden, Kollege P. Leinen eröffnete den Bezirkstag mit begründenden Worten und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches. 2. Wahl des Anzustellenden. 3. Die Zusammenlegung der Bezirke Dresden und Chemnitz und die zukünftige Agitation. 4. Verschiedenes.

Punkt 1. »Geschäftliches«: die Bureauwahl ergab R. Hickmann-Dresden, als 1. Vorsitzenden, Ermischer-Chemnitz, als 2. Vorsitzenden, G. Graf-Dresden, als Schriftführer. Der Schriftführer der Agitationskommission Dresden, Kollege H. Saupe, verlas die Präsenzliste. Danach sind erschienen 20 Delegierte, als Vertreter des H.-V. Kollege Sillier, als Ausschußvertreter Kollege Böhler, die Kollegen Saupe und Leinen als Vertreter der Agitationskommission Dresden, letzterer zugleich als Referent zu Punkt 3, beide als stimmberechtigte Teilnehmer an der Konferenz. Kollege Ermischer, Chemnitz, zugleich als Vertreter der dortigen Agitationskommission.

Punkt 2. »Wahl des Anzustellenden«. Kollege Sillier: Für die vom H.-V. und Ausschuß ausgeschriebene Stelle eines Beamten für Dresden und die Bezirke Dresden und Chemnitz sind 8 Bewerbungen eingegangen, beide Korporationen schlagen 4 Bewerber zur engeren Wahl vor. Die Namen der Bewerber sollen jedoch aus taktischen und Zweckmäßigkeitsgründen an dieser Stelle nicht veröffentlicht werden. Von den Bewerbern war keiner im Sitzungsort anwesend.

In längeren Ausführungen besprach Kollege Sillier die Aufgaben des zukünftigen Beamten. Derselbe hat das zu eröffnende Bureau zu verwalten, den Dienst darin zu versehen, die gewerkschaftliche Tätigkeit für die 4 Dresdner Filialen zu übernehmen, sowie diese Tätigkeit auch in den 2 zusammenzulegenden Bezirken in Differenz- und ähnlichen Fällen zu pflegen. Beide Bezirke zählen zusammen über 1800 Mitglieder, davon Dresden allein rund 1000 Mitglieder. Der H.-V. legte hauptsächlich Wert auf die öffentliche Agitation, die Mitglieder zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. Wir hatten allerdings in den letzten Jahren viel zu viel mit uns selbst zu tun, unsere innere Tätigkeit hat uns zu viel in Anspruch genommen, das soll aber nun anders und besser werden. Durch die Wahl solle auch ein besseres, harmonisches Verhältnis in den einzelnen Mitgliedschaften zu einander hergestellt werden.

Böhler-Dresden beantragte Verlesung der 4 in Frage kommenden Bewerbungsschreiben, dem wurde durch Kollegen Saupe stattgegeben. Schäfer-Dresden sprach zu den einzelnen Vorschlägen und empfahl

die Wahl des Kollegen P. Leinen. Nach ihm sprachen in demselben Sinne die Kollegen *Höhn-Zittau, Klostermann und Ermischer-Chemnitz, Beine-Dresden*. Ferner sprachen *Güse-Bautzen und Sillier* zu den Vorschlägen, letzterer in längerer abwägender Ausführung. *Dick-Niedersiedlitz* empfahl Leinen, doch möchte ihm Mäßigung im persönlichen Auftreten empfohlen werden. Nachdem noch Kollege *Riemann-Mügel* zu dieser Sache gesprochen wurde zur Wahl per Stimmzettel geschritten. *Güse-Bautzen und Wolf-Meißel* sind Wahlfunktionäre. Von 21 abgegebenen Stimmen erhielt 18 P. Leinen. Dresden, 3 Stimmen zerstreut. Nachdem der Gewählte ins Sitzungslokal gerufen wurde, gab Hickmann-Dresden, das Resultat bekannt und dem Kollegen Leinen oben angeführte Wünsche mit auf den Weg. Kollege Leinen dankte für die Wahl und gab das Versprechen steter Pflichterfüllung.

Hierauf Mittagspause.

Punkt 3. *Die Zusammenlegung der Bezirke Dresden und Chemnitz und die zukünftige Agitation.* Kollege P. Leinen behandelte diesen Punkt von rein agitatorischen Gesichtspunkten aus, gab einen Rückblick auf die bisherige Bezirksagitation und wie diese in Zukunft zu behandeln ist. In den ersten Jahren unserer Tätigkeit haben wir verschiedene Mitgliedschaften gegründet, in den weiteren Jahren waren meist Differenzen beizulegen in hiesiger und auswärtigen Mitgliedschaften unseres Bezirkes. Sodann waren Agitationstouren nötig auf Grund der Beschlüsse der Hannover'schen Generalversammlung. Auf dem Bezirkstage in Bautzen wurden Beschlüsse in bezug auf den Bezirksarbeitsnachweis gefaßt. Wir nahmen dazu Stellung, aber durch Tarif- und Aussperrungskämpfe wurde die Ausführung teils verzögert, und sollte dieses nun durch das selbständige Bureau nachgeholt werden.

Es ist eben viel schwieriger, einen zentralisierten Arbeitsnachweis über einen ganzen Bezirk zu errichten, als wie über einen einzelnen Ort. Einige Orte sind schwer in Angriff zu nehmen, z. B. Bautzen durch seine eigenartigen Verhältnisse mit großenteils eingeborener Arbeiterschaft, welche nur selten durch frisches Blut von außen aufgefrischt und geweckt werde, und lieber in Lethargie und Interesslosigkeit verharre. Ähnliches sei von Mügeln, Meißel, Coswig und Großenhain zu berichten. In letzterem Orte herrschen unter den dortigen Tapetendruckern sehr rückständige Verhältnisse. Im bisherigen Chemnitzer Bezirk konnte durch die Chemnitzer Kollegen eine intensive Agitation der räumlichen Ausdehnung des Bezirkes wegen nicht in genügendem Maße gefördert werden.

Wir werden in Zukunft nicht stets alles auf friedlichem Wege erledigen können. Das Unternehmertum zeigt uns durch seinen Zusammenschluß, was für Zeiten wir entgegengehen. Referent belegte seine Ausführungen mit offiziellen Bekanntmachungen der Arbeitgeberzeitung aus jüngster Zeit, beleuchtet die Beschlüsse der Unternehmer auf ihrer Stuttgarter Generalversammlung und sagte, die Tatsache, daß Dr. Gerschel wieder zum Vorsitzenden des Unternehmersverbandes gewählt wurde, sollte uns allen ein Fingerzeig sein, was wir ventill. zu gewärtigen haben.

Auch durch die niedergehende Konjunktur drohen uns Situationen, die zweifellos durch unsere Arbeitgeber gegen uns auszunutzen versucht werden.

Nach alledem müsse auch das Verhalten der Kollegen zu einander besser werden, sie müssen sich mehr Selbstzucht aneignen. Liebedienerei gegen die Arbeitgeber und ihre beamteten Organe muß unter allen Umständen unterbleiben, wie auch in unseren Versammlungen aller persönliche Zwist zu vermeiden ist.

Der bessere Zusammenhalt der Mitgliedschaften kann wesentlich gefördert werden durch öftere Besichtigung mit unseren rednerisch befähigten Kollegen. Auch wäre zu empfehlen, die Bezirksbeiträge der einzelnen Mitgliedschaften an den Ort des Bezirksvorstandes zu überführen und von da aus zu verwalten.

Er plädiert für Zusammenlegung der zwei Bezirke Dresden und Chemnitz zu einem »Gau Sachsen« und bringt folgende Resolution zur Verlesung: »Die heutige kombinierte Bezirkskonferenz beschließt die Zusammenlegung der beiden Agitations-Bezirke Dresden und Chemnitz zu einem »Gau Sachsen«. Die Gaukommission mit dem Sitze in Dresden übernimmt die Beratung und Beschlußfassung aller agitatorischen Maßnahmen zur Förderung der Verbandsinteressen im Gau. Dem Angestellten in Dresden fällt als Geschäftsführer der Gaukommission die Ausführung und Bearbeitung der gefaßten Beschlüsse zu. Um eine gute Verbindung aller Gaumitgliedern herbeizuführen, sowie zur Behandlung wichtiger gemeinsamer Fragen werden die Gautage auf Grund des Berliner Generalversammlungsbeschlusses alle 2 Jahre abgehalten. Die Gauträge werden laut Statut und den Beschlüssen der Kommission an dieselbe abgeliefert.«

Hierauf erhielt das Wort zum Berichte des Agitations-Bezirk Chemnitz Kollege *Ermischer-Chemnitz*: Der Bericht muß nach Lage der Sache ein kurzer sein. Die Verhältnisse im Bezirke sind sehr verschieden geartet, bis zur Aussperrung waren teils gute, teils sehr schlechte Verhältnisse. Bei Eintritt in den Streik wurden z. T. Forderungen gestellt, die nach der Aussperrung durch die Abmachungen vielfach übertroffen wurden, die Erfolge sind also zufriedenstellend.

So hatte z. B. Limbach günstige, dagegen Waldkirchen, Zschopau und Rabenstein sehr schlechte Verhältnisse, von verschiedenen Orten fehlen leider die Unterlagen. Geyer, Annaberg-Buchholz und Teplitz liefern leider viel Streikbrecher nach Chemnitz. Die Mitgliedschaft in Chemnitz befindet sich gegenwärtig in einem Schlafzustand, welchem ein Ende gemacht werden muß und wird der Beamte hier viel Arbeit haben. Die dortigen Mitglieder sind leider viel zu sehr selbstzufrieden nach dem Streik, die Regsamkeit fehlt dort fast vollständig.

Auch die Arbeitsnachweisfrage wird ein schwieriger Punkt für den Beamten werden. Im allgemeinen muß konstatiert werden, daß das Klassenbewußtsein bei sehr vielen Kollegen geweckt und gefördert werden muß, das sei zunächst unsere vornehmste Aufgabe. (Schluß folgt.)

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schnetter, Leipzig-N.

### Keine Lehrlinge in keramischen Betrieben.

Auf der 2. Lithographen-Konferenz in Hannover wurde der Beschluß gefaßt, in keramischen Betrieben keine Lehrlinge zuzulassen. Nun gibt es aber gemischte Betriebe, allwo Merkantillithographen und keramische Chromolithographen zusammen beschäftigt werden. So sind z. B. in der ältesten Buntdruckanstalt für Keramik neben sieben Merkantillithographen — zehn Keramiker tätig. Da werden sicherlich die Lehrlinge suchenden Unternehmer zählen: auf 17 Lithographen kommen so und so viel Lehrlinge. Die betreffende Firma inserierte auch schon, daß bei ihr einige Lehrlinge Unterkommen fänden. Das klingt recht patriarchalisch! Wie aber die Leute später ihr Fortkommen finden, das ist eine andere Frage. Viele jungen Leute, welche auf vier Jahre ein solches »Unterkommen« fänden, müßten später einen anderen Beruf ergreifen, um im Leben fortzukommen. Das wird in Zukunft noch viel mehr der Fall sein, denn die Ausbildung wird eine noch viel einseitiger werden. Die keramischen Abziehbilder werden jetzt auf photomechanischem Wege in Autotypie hergestellt. Nach manchen Originalen werden die Bilder direkt photographisch übertragen; die Farbenplatten werden nur abgedeckt. Nach anderen Originalen werden die Farben auf Papier ausgetuscht und durch Raster übertragen, um dann ebenfalls abgedeckt zu werden. Von eigentlicher Lithographie ist dabei verdammt wenig die Rede, nur die gelben Platten werden noch lithographiert. Unter keinen Umständen kann also hier von einer Ausbildung als Lithograph mehr gesprochen werden. War schon früher in keramischen Betrieben von einer eigentlichen Ausbildung der Lehrlinge wenig zu merken, so ist dies jetzt schon gar nicht mehr der Fall. Man sieht also, wie vernünftig und zeitgemäß der besagte Beschluß der 2. Lithographen-Konferenz ist und wie notwendig es ist, daß er auch streng durchgeführt wird. S.

### Aus den Sektionen.

**Berlin, Lithographenbund.** Mit dem Ausfall der Urabstimmung und mit der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung nach Saalfeld beschäftigte sich am 21. Dezember die Berliner Mitgliedschaft. Kollege Seidel, der den Ausfall der Urabstimmung bedauerte, wünschte in keinem Falle ein Weiterbestehen unserer Unterstützungskassen. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich unsere Mitglieder nicht durch einige Gegner der Verschmelzung beeinflussen lassen, sondern weiter wie bisher für eine baldige vollständige Verschmelzung mit dem Verband der Lithographen und Steindruckern eintreten werden. Mit diesen Ausführungen erklärten sich auch alle Versammelten einverstanden. Kollege Gölbig wünschte, daß die Mitglieder unseres Bundes das in Leipzig gegebene Versprechen auf Liquidation unserer Kassen nun endlich einlösen möchten. Er wandte sich entschieden gegen die kleine Minorität, die uns durch ihr Verhalten jetzt noch so viel Geldkosten verursache. Kollege Eberlein wollte wissen, was sich die Kollegen, die gegen die Liquidation gestimmt haben, eigentlich dabei gedacht hätten, denn jeder Kollege müsse doch einsehen, daß der Lithographenbund als reine Unterstützungsgesellschaft ein zweckloses Gebilde sei. Kollege Dorka, der sich auch für eine baldige Auflösung unseres Bundes aussprach, wünschte jedoch, daß man gegen die Minorität taktvoll vorgehe. Folgende Resolution fand Annahme: »Die am 21. Dezember 1907 tagende Versammlung der Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Lithographenbundes spricht ihr Bedauern aus über den negativen Erfolg der letzten Urabstimmung. Sie erwartet von der Generalversammlung, daß diese Mittel und Wege findet, die Liquidation unserer Unterstützungskassen sowie die Auflösung unseres Bundes bis spätestens zum 1. April 1908 herbeizuführen.« Ueber die Generalversammlung in Saalfeld referierte Kollege Gölbig. Längere Debatten über die Abänderung der §§ 51 und 52 des Statuts führten schließlich die Versammlung dahin, von der Mit-

gliedschaft Berlin den Antrag zur Generalversammlung zu stellen: Die Generalversammlung des Deutschen Lithographenbundes in Saalfeld am 16. Februar 1908 wolle eine Aenderung der §§ 51 und 52 des Bundesstatuts vornehmen und zwar in der Weise, daß an Stelle der Worte: »durch Urabstimmung mit 2/3 Majorität« jedesmal gesagt werde: »durch Urabstimmung mit einfacher Majorität«. Als Kandidaten zur Wahl als Delegierte für die Generalversammlung in Saalfeld wurden die Kollegen *Richard Seidel* und *Karl Dorka* aufgestellt, welche beide für eine baldige Auflösung des Bundes eintreten. H. Ebn.

**Leipzig, Lithographenbund.** Eine am 5. Dezember stattgefundenen Versammlung der hiesigen Mitglieder war dazu einberufen worden, um Stellung zur Urabstimmung über Liquidation der Unterstützungskassen des Lithographenbundes zu nehmen. Da jedoch vom Zentralvorstand ein Antrag Leipzigs, die Urabstimmung wegen ihres allzu kurz bemessenen Termins um einige Tage zu verschieben, abgelehnt worden war, war der wesentlichste Zweck der Versammlung, Stimmung für die Liquidation zu machen, illusorisch geworden: *Die Abgabe der Stimmzettel hatte bereits am Tage vorher erfolgen müssen.* Dies versetzte den Referenten, Kollegen Schnetter, insofern in eine schiefe Lage, indem sich seine Aufgabe bei Beginn der Versammlung schon zur Hälfte erledigt hatte. Er gab in kurzen, scharfen Umrissen ein Bild vom Werdegang unseres Bundes, wobei er die historische Notwendigkeit seines Entstehens wie auch das nutzbringende seines Wirkens — wenn auch nach Maßgabe der Verhältnisse nur im engeren Rahmen — etwas eingehender besprach. Die am 1. Juli d. J. erfolgte Wiedervereinigung mit dem Verband der Lithographen und Steindruckern sei ein Gebot der Schlagfertigkeit gewesen. Die Verschmelzung habe erfolgen müssen; denn einerseits habe der Lithographenbund seine historische Aufgabe, der alten Organisation stets ein mahndes Gewissen zu sein, daß den Bedürfnissen der Lithographen in organisatorischer Hinsicht mehr Rechnung getragen werde, erfüllt, und andererseits drängten auch die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr zur gewerkschaftlichen Konzentration. Daß auch die Masse der Mitglieder diesen gewerkschaftlichen Zusammenschluß als notwendig erachtet habe, sei im Resultat der Abstimmung, das eine 2/3 Mehrheit dafür ergeben habe, zum Ausdruck gekommen. Indes sei im Juni bei der Abstimmung für die Liquidation unserer Unterstützungskassen und deren Überführung in die gemeinsame Organisation, welche Maßnahme nach den Einigungsbeschlüssen für einen späteren Termin festgesetzt worden sei, nicht die erforderliche Stimmenzahl erreicht worden. Da aus Zweckmäßigkeitsrücksichten der Senefelder-Bund auf seiner Münchener Generalversammlung eine andere Liquidationsart beschlossen, als er in Hannover vorgesehen habe, sei auch für uns der Termin der vereinbarten Aufgabe unserer eigenen Unterstützungskassen weit näher gerückt, als ursprünglich vorausgesehen war. Aus diesem Grunde habe die Urabstimmung über die Liquidation jetzt schon wiederholt werden müssen und es sei zu wünschen, daß sie nunmehr das Resultat ergebe, wie es im Interesse der Einigung liege, obwohl es der Leipziger Mitgliedschaft wegen des kurzen Termins nicht möglich gewesen sei, dafür Stimmung zu machen. Des weiteren gab der Referent noch eine Gegenüberstellung der Leistungen unserer Unterstützungskassen mit denen des Verbandes der Lithographen und Steindruckern, wobei er demonstrierte, daß unsere Mitglieder durch die Liquidation in keiner Hinsicht benachteiligt würden; das angesammelte Kopfermögen, das sicherlich beträchtlich sei, fließe ihnen auch durch die Art der Liquidation voll wieder zu. In der nun folgenden Debatte wurde die vom Zentralvorstand erfolgte Ablehnung des Antrages der Leipziger Vertrauensmänner, den Endtermin der Urabstimmung zu verschieben, sehr bedauert. Man vermisse hierfür eine ausreichende Begründung seitens des Zentralvorstandes, weshalb man sich veranlaßt sehe, eine Mißbilligung darüber auszudrücken. Es wäre überhaupt sehr wünschenswert gewesen, wenn vom Zentralvorstand durch Artikel in der Presse die Urabstimmung vorbereitet worden wäre. Wenn die Sache in der Presse so geklärt worden wäre, wie es der Referent hier getan habe, dann wäre sicher noch mancher Gegner der Liquidation umgestimmt worden. Bei dieser Gelegenheit kam auch in bezug auf die Gestaltung der Presse mehrererseits eine Verstimung zum Ausdruck. Man habe sich in der Art der Einrichtung des selbständigen Teils für Lithographen eine andere Vorstellung gemacht: man habe sich den Teil hervortretender und ausgedehnter gedacht, nicht so beschränkt und dürftig, wie man zu seiner großen Enttäuschung wahrnehmen müsse. Der Wortlaut des diesbezüglichen Einigungspassus habe etwa ganz anderes erwarten lassen. Es gewinne überhaupt den Anschein, als ob man so sachte den Lithographen selbst diese kleine Konzeption wieder entreißen wolle; vielleicht werde man gar schon zu Neujahr den Teil mit dem Redakteur schlachten. In Erwiderung hierauf gab Kollege Schnetter zur Mitteilung, daß ihm nach seiner Vereinbarung mit dem Hauptvorstande in Berlin für die Vertretung der Interessen der Lithographen in jeder Nummer der »Graph. Presse« eine volle Druckseite durchschnittlich zur Verfügung gestellt werden müsse. Dieser Raum reiche auch vollkommen aus; man müsse ihn nur voll und richtig

ausnützen. Er selbst tue alles, um die Interessen der Lithographen dort zu vertreten, soweit dies eben seine Kräfte und die Grenzen des Bearbeitungsgebietes, die man ihm gezogen habe, zuließen. Diese Arbeit dürfe man ihm aber nicht allein überlassen, wenn sie nutzbringend für die Sache der Lithographen werden sollte; jeder Lithograph müsse sich zur Mitarbeit berufen fühlen. Und da sei es nun ein bedauerliches Zeichen von Indolenz, daß er bisher unter den zirka 5000 organisierten Lithographen so gut wie noch gar keine Beihilfe gehabt habe. Gerade diese Tatsache bewiese schlagend, wie notwendig es sei, unter den Lithographen, selbst unter den organisierten, eine besondere, ihrem Milieu und ihren Interessen angepaßte Agitationstätigkeit in der Presse wie im öffentlichen Leben zu entfalten. Und wenn nun befürchtet werde, daß den Lithographen in der Presse der zustehende Teil weiter verkleinert, zur Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit herabgedrückt, oder auch ganz und gar wieder entzogen werde, dann liege es eben an den Lithographen, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren. Wenn sich die Lithographen diese Konzeption wieder nehmen ließen, dann seien sie es eben wert, daß sie ihnen wieder genommen werde. — Um diese laut gewordenen Befürchtungen zu zerstreuen, erklärte Kollege Reimert, der Vertrauensmann der Leipziger Lithographensektion, daß an der Einhaltung der getroffenen Abmachungen in bezug auf die Einräumung eines besonderen Teils für die Lithographen in der Presse nicht nur die übergetretenen Lithographenbündler, sondern die gesamte Lithographenschaft des Verbandes interessiert sei. Die 5000 Lithographen hätten das größte Interesse daran, daß diese Einrichtung in jeder Weise voll ausgenützt werde. Und er könne die Versicherung abgeben, daß, wenn sich nur irgendwie ein Uebergriff gemäß den laut gewordenen Befürchtungen bemerkbar mache, zum mindesten in Leipzig die gesamten organisierten Lithographen energisch dagegen auftreten würden. Weiter wies Kollege Reimert durch längere, tiefgehende Ausführungen dahin, wie notwendig gerade unter den gegenwärtigen Erscheinungen auf dem Wirtschaftsgebiete ein einheitliches Vorgehen der nunmehr sich zusammengefindenen Arbeitsbrüder sei. Leider sei aber die Verschmelzung noch nicht so innig, wie sie eigentlich sein müßte. Das Vertrauen zueinander sei auf beiden Seiten vielfach noch sehr schwach bestellt. Und da müsse nun jeder daran arbeiten, daß dies bald besser werde. Wenn sich jeder bemühe, sich fleißig in der Organisation zu betätigen, durch Besuch der Versammlungen etc., dann werde man sich auch in Kürze gegenseitig schätzen lernen. Einen ähnlichen Appell richtete zum Schlusse der Versammlung auch Kollege Schulze an die Kollegen, man möge doch nunmehr alles Trennende vergessen und stets das, was uns eint, betonen!

Sch. e.

wurde auch geschrieben, es sei festgestellt, daß in Berlin 50 Maschinenretuscheure eingestellt werden könnten. Dieser Feststellung, die sicher nicht aus den Kreisen der Retuscheure stammt, erlauben wir uns ein dreifaches Fragezeichen anzuhängen.

Wir sehen darin nicht nur eine Berliner resp. Münchner, sondern eine ganz Deutschland berührende Frage. Deshalb mißbilligen wir auf das entschiedenste, daß weder Hauptvorstand noch Zentralkommission es für nötig befand, sich vorher mit den anderen Zahlstellen resp. Kreisvertretern in Verbindung zu setzen.

Wenn weiter angeführt wird, daß durch die Ausbildungskurse den privaten Lehranstalten das Wasser von der Mühle genommen und auch die Privatretuscheure bekämpft wird, so trifft dies nur in ganz geringem Maße zu. Die Schüler der Lehranstalten dürften zum größten Teile den Anforderungen, die an die Teilnehmer der geplanten Kurse gestellt werden, nicht entsprechen. Und die Privatretuscheure zeigt, daß das Zwischenmeister-system in einem Gewerbe floriert nicht nur wenn Mangel, sondern auch wenn Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden ist. Aus diesen Gründen stehen die Leipziger Retuscheure dem Beschlusse des Tarifamtes ablehnend gegenüber und protestieren energisch gegen die Absicht, auch in Leipzig einen solchen Kursus stattfinden zu lassen.

Da wir uns nicht der Ansicht verschließen, daß die Chemigraphie mit Hilfe der Maschinenretusche noch weitere Absatzgebiete erobern kann und dadurch mehr Arbeitskräfte bedarf, so wollen wir uns diese selbst ausbilden. Es gibt so viele Landschaftsretuscheure etc., die gern zur Maschinenretusche übergehen möchten, jedoch keine Gelegenheit dazu finden. Diese Gelegenheit zu schaffen, bezweckt ein angemessener Antrag, auch wurden 6 Kollegen zur Eriedigung der Vorarbeiten gewählt. Die in diesem Fortbildungskursus ausgebildeten Kollegen sollen dann bei Bedarf durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden. Es würden also nicht zu gleicher Zeit in den Anstalten Kräfte herangezogen, die notwendiger Weise andere verdrängen müßten. Die Einstellung erfolgte auch nicht unter allerlei Klauseln und Kautelen und nicht zu einer staffelmäßigen Lohnhöhe, die die Gefahr in sich trägt, daß 30 Mk. Durchschnittslohn wird. Auf diese Weise glauben wir, dem Berechtigten in dem veröffentlichten Plane nachzukommen, ohne uns anderseitig Nachteile zu schaffen, wie sie aus der Vorlage erwachsen können.

Die Diskussion, welche sich über 3 Stunden erstreckte, zeigte, daß die Retuscheure aller 3 Sektionen sich in dieser Beurteilung einig waren und einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute am 13. Dezember 1907 zu einer Besprechung im Volkshaus versammelten Positiv-Retuscheure weisen entschieden die Zumutung zurück, daß ein Mangel an Maschinenretuscheuren gibt in der Form, daß ein Beschluß, wie der in No. 50 der -Gr. Pr.- gerechtfertigt sein könnte. Wenn der Beschluß bezüglich der Arbeitsvermittlung, der im Protokoll der Tarifverhandlungen aufgenommen ist, ausgeführt worden wäre, so konnte einem Vorgehen, wie jetzt von den Berliner Kollegen mit beschlossen wurde, nicht stattgegeben werden. Des weiteren protestieren die Leipziger Retuscheure gegen die Abhaltung eines Kurses in Leipzig und sprechen dem Hauptvorstand und der Zentralkommission ihre schärfste Mißbilligung dafür aus, so über die Köpfe der beteiligten Mitglieder gehandelt zu haben.

Bchr.

Anmerkung. Vorstehende Äußerungen gegenüber wäre zu betonen, daß die Chemigraphen nirgends eine chinesische Mauer um ihren Beruf errichteten. Das beweist, daß nach der im vorigen Frühjahr aufgenommenen Statistik für Ueberläufer seit 1. Januar 1904 bei der Zahl von 1200 Kollegen. 192 Ueberläufer zu verzeichnen waren, ohne Kreis II. (Kreis II hatte seine Ueberläufer insgesamt angegeben, ist deshalb in dieser Zahl nicht mitenthalten.) Daß ein Mangel an Retuscheuren zu verzeichnen ist, zum mindesten zu verzeichnen war, als wir der Retuscheurschule zustimmten, bewiesen die häufigen und fortwährenden Annoncen nach Positiv-Retuscheuren in der Graph. Presse, bewiesen auch die Arbeitsnachweise. Für Leipzig und Stuttgart, wo schon für uns die Bildung eines Lehrkurses nicht a so notwendig erschien, wurde die Sache auch deshalb auf ein Jahr vertagt. Zur Errichtung einer solchen Schule überhaupt und von Organisationswegen verpflichtete uns schon ein Antrag einer Versammlung der Positiv-Retuscheure in Berlin, der die Ausbildung solcher Kollegen vorsieht, welche keine Gelegenheit haben, sich die moderne Maschinenretusche anzueignen. Der Zustimmung zur Ausbildung von 15 Ueberläufern in einem einmaligen Kursus in Berlin und München glaubten wir, uns um so weniger entziehen zu dürfen, als wir dadurch die Möglichkeit erhielten, der willkürlichen und wilden Ausbildung von Positiv-Retuscheuren einen Damm zu setzen. Wir sind dadurch in den Stand gesetzt, diese Frage in eine bestimmte und genaue Norm zu bringen. Seither sind in jedem Tarifjahre eine höhere Zahl von Ueberläufern in dieser Branche aufgenommen worden, ohne Wissen der Kreisvertreter. Das würde auch weiter so bleiben, da wir immer zu spät unterrichtet werden. Wenn ferner behauptet wird, durch die gesteigerte Benutzung der Positiv-Retusche seien weitere Absatzgebiete für die Chemigraphie nicht zu erhoffen, so ist dem gegenüber zu setzen, daß die vielen maschinen-technischen Aufträge, welche

die Maschinenretuscheure fertigstellen, ohne gerade diese Retuscheur der Chemigraphie nicht zufallen würden. Der Beweis kann gegeben werden. Die Kollegen monieren auch die staffelmäßige Erhöhung des Lohnes; hierzu ist zu bemerken, daß der Lohn von 30 Mk., der von diesen Ueberläufern nach 6 Monaten erreicht wird, für verschiedene Sparten unserer Branche geradezu Höchstlohn ist. Dieselben Befürchtungen wurden anläßlich der Tarifabmachungen ebenso laut und werden wohl auch ebenso grundlos bleiben. Sollte die industrielle Krise auch in unserem Berufe einsetzen, so wird von uns nach Kräften entsprechend gehandelt werden. Einstweilen haben wir dieser drohenden Krisis Rechnung getragen, indem wir die Eröffnung der Schule vertagt haben, schon bevor wir von dieser Leipziger Resolution Kenntnis erhielten. Da wir aber keine chinesische Mauer um uns ziehen wollen, so haben wir auch die Pflicht und Schuldigkeit, der Krisis, die für andere graphische Berufszweige, auch solche unseres Verbandes, schon eingesetzt hat, ihr etwas entgegenzuwirken, indem wir arbeitslosen Kollegen Unterschlupf bei uns gewähren, soweit möglich. In der Kürze der Zeit, die zwischen Ausschreibung und Termin für Kreis I lag, liefen über 90 Gesuche ein. Dies illustriert genügend. Unsere Leipziger Kollegen haben mithin mit ihrer schärfsten Mißbilligung über das Ziel hinausgeschossen. Ein besonderer Artikel soll dies späterhin noch näher erweisen.

I. A.: A. Hehr.

**Verzeichnis**

**der tariffreien Lichtdruckanstalten.**

*Gruppe I.*

- Umfaßt Norddeutschland, und zwar das Königreich Preußen (mit Ausnahme der unter II und V genannten Provinzen) die beiden Mecklenburg, die drei Hansastädte, Oldenburg, Braunschweig und Lippe.
- Berlin. Robert Prager (Berliner Phot.-Inst.).  
Stange & Wagner  
Martin Dienstbach.  
Hermann Hadorff & Co.  
Högelein & Schwabe.  
Paul Schahl (Inh.: O. Reimann).  
Schindehauer & Ganzb.  
Ernst Waßmuth, A.-G.  
Albert Frisch.  
Willfried Deyhle.  
Gebr. Deyhle & Wagner.  
W. Neumann & Co.
- Berlin-Schöneberg. Stern & Schiele.
- Hamburg. Knackstedt & Näther.
- Hannover. Georg Alpers, junior.

*Gruppe II.*

- Umfaßt Mitteldeutschland, und zwar das Königreich Sachsen, die sächsisch-thüringischen Herzogtümer, Anhalt und die Provinzen Sachsen und Schlesien.
- Breslau. Fabian & Co., G. m. b. H.
- Dresden. Römmler & Jonas.  
Stengel & Co.  
Markert & Sohn.  
Trau & Schwab.  
Robert Claus.
- Görlitz. Robert Scholz.
- Halberstadt. Louis Koch.
- Halle. Gebr. Plettner.
- Koburg. Thüringer Kunstanstalt.  
Bessersche Hofbuchdruckerei.
- Kötzensbroda. Gebr. Ziegner.
- Leipzig. Dr. Trenkler & Co.  
C. G. Röder.  
Sinsel & Co.  
Emil Pinkau & Co.  
Paul Trabert.  
Louis Glaser.  
Glaß & Tuscher.
- Magdeburg. Magdeburger Lichtdruckanstalt.  
Bänsch junior.
- Saalfeld. Schlick & Schmidt.
- Zittau. Johannes Beyer.
- Zöblitz. Paul Knäbchen.

*Gruppe III.*

- Umfaßt Bayern mit Ausnahme der Rheinpfalz.
- München. I. B. Obernetter.  
F. Bruckmann.  
Arnold Rau.  
Karl Kuhn.
- Kaufbeuren. Vereinigte Kunstanstalten.
- Nürnberg. Wilhelm Biede.

*Gruppe IV.*

- Umfaßt Südwestdeutschland u. zw. Württemberg Baden, die Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen.
- Eßlingen. K. Liebhardt.
- Gmünd (Schwäbisch). C. Jäger.
- Isny. Gebr. Harder.
- Karlsruhe. I. Schober.
- Pforzheim. Chr. Seiler.
- Straßburg. Elsässische Druck- und Verlagsanstalt vorm. Fischbach.
- Stuttgart. Martin Rommel & Co.  
E. Schreiber, G. m. b. H.

*Gruppe V.*

- Umfaßt Rheinland-Westfalen, Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen.
- Bonn. Bonnergraph. Kunstanstalt vorm. Rudolf Schade.

**Die photomech. Fächer.**

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

**Ausbildungskurse für Positivretuscheure und die Privatretusche.**

Mit diesem Thema beschäftigten sich am 13. Dezember 1907 die Leipziger Positivretuscheure aller Sektionen. Koll. Köhler beleuchtete in seinem einleitenden Referate die Vorgeschichte des Beschlusses des Tarifamtes und die lebhafteste Diskussion aus der gutbesuchten Versammlung zeigte das Resultat, daß sich auch nicht ein einziger Fürsprecher zugunsten der geplanten Ausbildungskurse fand. Zunächst bestreiten die Leipziger Kollegen, daß es einen Mangel an Maschinenretuscheuren gibt; wenigstens ist er nicht in dem Maße vorhanden, wie er vorausgesetzt wurde. Wenn in Berlin und anderen Städten ein wirklicher Mangel zu verzeichnen ist, so liegt die Schuld zum Teil auch an den dortigen Kollegen. Dann ist dort in der Ueberläuferfrage zu engherzig verfahren worden und der Arbeitsnachweis ist nicht genügend bestrebt gewesen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen. In Leipzig hat man sich keine chinesische Mauer um den Beruf gebaut und aus den Ausweisen des Arbeitsnachweises ist zu ersehen, daß im I. Quartal 1907 pro Woche 1, im II. 2, im III. 3 und im IV. gar 5 arbeitslose Maschinenretuscheure vorhanden sind.

An der Zahl der jetzt beschäftigten Maschinenretuscheure gemessen erscheint die Zahl der Auszubildenden viel zu hoch. Es würde dann ein ständiger Stamm Arbeitsloser herangebildet werden, und was das für Folgen in gewerkschaftlicher Beziehung, speziell in bezug auf die Höhe des Lohnes hat, braucht wohl nicht erst erörtert zu werden. Dieser Punkt erheischt schon in Zeiten einer guten Konjunktur Berücksichtigung, um wieviel mehr aber jetzt, da sich Tag für Tag die Anzeichen einer Krise drohend mehren.

Daß die Unternehmerorganisation die Kosten für die Kurse aufbringen will, den Gehilfen aber Aufsichts- und Bestimmungsbefugnisse überläßt, bestätigt unsere Ansicht und läßt uns die Subvention der Prinzipale als Danaergeschenk erscheinen.

Nun sollen zwar die Kurse zunächst nur in Berlin und München stattfinden. Im Berliner Wochenboten

**Bielefeld.** Gebr. Stockmann.  
**Darmstadt.** Vereinigte Kunst-Anst. Metz & Lautz.  
**Frankfurt a. M.** Frankfurter-Lichtdr.-Anst. Kaiser & Goldschmid.  
 Kühl & Co.  
 C. F. Fay.

Wie aus Vorstehendem zu ersehen, hat sich der Gedanke der Tarifgemeinschaft in unserer Branche Bahn gebrochen, da ja der größte Teil aller Lichtdruckereien und darunter die bedeutendsten und größten Firmen den Tarif anerkannt haben. Wir hoffen nun stark, daß die noch abseitsstehenden in nächster Zeit dem Beispiel obenstehender Firmen folgen werden.

Leipzig, den 1. Januar 1908.

**Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker.**  
 (Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus.)

Gustav Jährig. Wilhelm Marré.  
 Prinzipalsvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.  
 Offizielle Publikationsrubrik des „Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.“  
 (Vors. u. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstr. 26. Kass. F. Brinkmann, Rixdorf, Jonasstr. 3.)

### Zur Frage der Verschmelzung.

II.

Wenn nun die Kollegen dem in No. 1 der „Gr. Pr.“ Ausgeführten zustimmen sollten, so wäre die nächste Aufgabe, zu untersuchen, welcher größere Verband für uns in Frage kommt. Wir glauben, uns nun in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl unserer Kollegen zu befinden, wenn wir behaupten, daß dieses nur der „Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe Deutschl.“ sein kann.

Ueber die Ursachen, daß unsere Angliederung im Jahre 1895 an diesen Verband für uns nicht den erwünschten Erfolg hatte, glauben wir, uns ein Einsehen wohl ersparen zu können, da wir dieses bereits in der „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ getan haben und zu einer Wiederholung weder Zeit noch Lust vorhanden ist.

Warum ist nun der „Senefelder-Bund“ für uns die geeignetste Organisation? Da müssen wir als Formstecher uns zunächst die nicht wegzuleugnende Tatsache klar vor Augen halten, daß die Entwicklung unserer Branche dahin geht, daß vielleicht in nicht allzuferner Zeit die Hausstechereien so ziemlich verschwunden sein werden und die Tapetenfabriken ihre Stechereien in eigene Regie übernehmen. Fällt es uns heute nun schon ungemein schwer, irgendwelche Verbesserungen von weittragender Bedeutung für uns zu erringen, weil eben die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleum-Industrie unter weit schlechteren Arbeitsbedingungen zu leiden hat wie wir, um so schwerer würde uns jeder weitere Fortschritt fallen, wenn wir nur in den Fabriken beschäftigt sind und das Organisationsverhältnis der anderen Arbeiter so schlecht bliebe, wie es heute ist. Aus vorstehendem Grunde müssen wir im eigensten Interesse versuchen, daß die gesamte Arbeiterschaft unserer verwandten Branchen über eine einigermaßen gute Organisation verfügt, um gemeinsam für die Verbesserung unserer Existenz eintreten zu können. Da nun der Senefelder-Bund eine große Anzahl von Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumdruckern bereits zu seinen Mitgliedern zählt, ist es für uns doch nur logisch, wenn wir uns diesem ebenfalls anschließen.

Aber noch andere Gründe der Klugheit sind es, die uns veranlassen sollten, Anschluß bei den Lithographen etc. zu suchen. Wie vielen Kollegen bekannt sein wird, ist man in den letzten Jahren eifrig bemüht, die Tapete auf eine Art lithographischem Wege herzustellen. Wenn man auch zurzeit über die Erzeugnisse dieses Verfahrens sich den Kopf nicht zu zerbrechen braucht, so können bei der heutigen schnellen Entwicklung der Technik über Nacht Erzeugnisse gezeitigt werden, die uns Veranlassung geben könnten, danach zu streben, in einem möglichst engen Zusammengehörigkeitsverhältnis zu den Lithographen etc. zu stehen.

Aus den diversen Preßäußerungen etc. geht ja nun allerdings hervor, daß die Kollegen im großen und ganzen einem Anschluß sympathisch gegenüberstehen, wenn nur — der hohe Beitrag nicht wäre. Nun, Kollegen, ist dieser Beitrag wirklich so unerschwinglich? Wir glauben nun! Unsere Aufgabe muß es nur sein, unsere Kollegen immer mehr und eindringlicher von der Notwendigkeit eines höheren Beitrages zu überzeugen, um in die Lage versetzt zu sein, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erreichen. Nein, Kollegen, der Beitrag ist nicht zu hoch! Die Gewerkschaft ist für uns die beste Sparkasse. Das Geld, was wir da hineintuen, trägt uns hundertfache Zinsen. Darum, Kollegen, prüft, ob denn wirklich die 35 Pf. mehr pro Woche für Euch in das Reich der Möglichkeit fallen. Mit Nachstehendem wollen wir noch einmal kurz versuchen, Euch die Unterstützungssätze, die Ihr für die 35 Pf. pro Woche mehr für Euch und die Euren genießt, richtig zu würdigen.

### Der Senefelder-Bund gewährt an Arbeitslosenunterstützung:

a) beim in. 26 Wochenbeitr. 4 Woch. à 9 M., zus. 36 M.				
b) „ „ 52 „ „ 8 „ „ 9 „ „ 72 „				
c) „ „ 156 „ „ 8 „ „ 12 „ „ 96 „				
d) „ „ 260 „ „ 10 „ „ 12 „ „ 120 „				
e) „ „ 520 „ „ 15 „ „ 12 „ „ 180 „				

Mitglieder, die zu Reserve- oder Landwehrübungen eingezogen sind, erhalten nach 52 wöchentlicher Beitragszahlung dieselben Unterstützungen. Die Reiseunterstützung beträgt 4 Pf. per Kilometer, wobei die obigen Sätze ebenfalls Gültigkeit haben. Des weiteren gewährt der Verband Umzugskosten, Maßregelungs- und Streikunterstützung sowie Rechtsschutz. Krankenunterstützung zahlt der Verband in Höhe und Dauer wie wohl kein anderer, nämlich:

a) n. 26 wöchl. Beitragsl. 13 Wch. tägl. 2 Mk., zus. 156 M				
b) „ 52 „ „ 26 „ „ 2 „ „ 312 „				
c) „ 104 „ „ 52 „ „ 2 „ „ 624 „				

Das Sterbegeld beträgt nach 26 wöchentlicher Mitgliedschaft 50 Mk. und nach 52 wöchentlicher Mitgliedschaft 100 Mk.; nach 4jähriger Mitgliedschaft zahlt der Verband beim Ableben der Ehefrau eines Mitgliedes diesem ebenfalls einen Betrag von 50 Mk. Die Invalidenunterstützung beträgt bis zum Tode wöchentlich 7 Mk. und kann erworben werden nach 10jähr. Mitgliedsch., wenn d. Eintr. v. d. 30. J. erf.

„ 15 „ „ „ „ „ 40 „				
„ 20 „ „ „ „ „ 40 „				

Die Witwenunterstützung beträgt bei denselben Voraussetzungen wöchentlich 3,50 Mk. Aus dem Obenstehenden ist ersichtlich, daß der Verband ein Unterstützungssystem besitzt, um das ihn die meisten Gewerkschaften beneiden dürften und muß man demgegenüber den Wochenbeitrag von 1,20 Mk. als mäßig bezeichnen, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Haupttätigkeit des Verbandes, die Hebung der materiellen sowie die Förderung der geistigen Interessen seiner Mitglieder auch erhebliche Opfer erfordert. Für letzteren Zweck sorgen Bibliotheken, belehrende Vorträge in den Vereinsversammlungen sowie die wöchentlich erscheinende „Graphische Presse“.

Das wäre in kleiner Auszug aus dem Statut des Senefelder-Bundes. Da nun jede Filialverwaltung ein Statut zugesandt erhalten hat, können die Kollegen ja in den Versammlungen es eingehend diskutieren.

Nun wurde in letzter Zeit geschrieben, man solle durch die Verschmelzungsfrage die zunächstliegenden Berufsinteressen nicht beiseite schieben oder sie gar ganz vergessen, oder, wie die Kölner Konferenz sagt: Mittel und Wege finden, um die Lage der Berufskollegen zu heben. Bevor wir aber nicht den ersten Schritt, die Verschmelzung machen, heißt das diskutieren der anderen Fragen in der Hauptsache nur leeres Stroh dreschen. Nur wenn die gesamten Kollegen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß es in ihrem ureigensten Interesse liegt, sich dem Verband der Lithographen etc. anzuschließen und dieser Ueberzeugung auch die Tat folgen lassen, können wir uns so freudiger und mit mehr Zuversicht auf Erfolg an die Erörterungen unserer Berufsinteressen herangehen.

Aus vorstehenden Gründen sind alle Mitglieder der Zentralvorstandes einstimmig der Ansicht, daß die Interessen der gesamten Kollegen am besten gewahrt werden können, wenn unser Verband sich als Sektion an den „Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe Deutschlands“ anschließt, und wir ersuchen die Kollegen, möglich einmütig ihre Stimme für den Zusammenschluß abgeben zu wollen.

Für den Zentral-Vorstand.  
 I. A.: C. Schubart.

### Zur Geschichte der Formstecher-Organisation.

(Fortsetzung.)

In Deutschland haben „Reisekassen“ für Formstecher und Drucker bereits 1873 in Mannheim, 1874 in Nordhausen, 1878 in Dessau usw. bestanden. Sie existierten bis zum Jahre 1884. Diese Reisekassen hatten auch einen starken Zunftanstrich. Mit peinlichster Sorgfalt wurde darauf geachtet, daß der junge ausgelernte Kollege der Pflicht nachkam, sich aufnehmen zu lassen. Das Eintrittsgeld war ein kaum zu erschwingendes an einzelnen Orten. Vierzig Mark wurden stellenweise den Ausgelernten abgeknöpft. — Wo die Summe nicht auf einmal beizubringen war, gestattete man Abschlagszahlungen. Jedoch wurde der junge Kollege nicht eher als vollgültig angesehen, bis die ganze Summe gezahlt war. Für das Geld wurde dann ein Schmaus oder Saufabend arrangiert und bei der Gelegenheit der junge Gehilfe als vollwertiger Kollege erklärt. Zog nun der Kollege in die Fremde, so wurde ihm sein Kassen- oder Reiseschein ausgestellt, den er am neuen Orte, oder wo er durchreiste, vorzuzeigen hatte; nur dann gab es eine Reiseunterstützung. Auch wurden diese Kollegen bei der Abreise „ausgeschenkt“, d. h. die Kollegen versammelten sich sämtlich im Verkehrslokal und der abreisende Kollege hatte an dem Abend vollständig freie Zechen. Die Reisescheine bekundeten, daß der Inhaber, so lange er an dem betreffenden Orte gearbeitet, sich stets als guter Kollege verhalten habe. Am Kopfe des Reisescheines befand sich meistens die Ansicht der

Stadt oder das Bild eines Stadtheiligen oder das Stadtwappen. An eine ernstliche Verbesserung der Lage des Berufs wurde fast nicht gedacht und die Unternehmer verstanden es ausgezeichnet, den Formstechern das Fell über die Ohren zu ziehen. Da das Blaumachen meistens geduldet wurde, stand es stellenweise in hoher Blüte und gar mancher Formstecher in Schuldnechtschaft bei seinem Arbeitgeber. Galt doch die Bude vielfach als die beste und am ehesten vorgezogene, wo der Unternehmer am willigsten „Vorschuß“ gab. In Köln z. B. ging vor Fastnacht im Anfang der achtziger Jahre ein Prinzipal mit dem Notizbuch durch die Bude und zu jedem Gehilfen mit der Frage: Wieviel Schuß brauchen sie zu Fastnacht? Bei einigen war denn auch der Schuß nicht gering, 20, 30, 40, sogar 50 Mark. So wurden die Formstecher eingekauft. (Fortsetzung folgt.)

### Aus den Sektionen.

**Bietigheim (Linoleumdrucker).** In der letzten Monatsversammlung befaßten sich die Mitglieder mit dem am Ort bestehenden Arbeitsmangel, welcher durch ungenügende Aufträge, als Rückschlag der wirtschaftlichen Krise auch in unserer Branche eingegriffen hat. Nachdem das Nachgeschick für 5 Wochen gänzlich eingestellt wurde, wurde uns von der Direktion mitgeteilt, daß die Handdrucker nur 4 Tage in der Woche beschäftigt werden könnten. Trotzdem unser Gauvorsitzender, Kollege Werner-Stuttgart bei der Direktion vorstellig wurde, konnte dieselbe aus den angeführten Gründen keine bessere Arbeitszeit einführen. Sie versprach jedoch, sobald die Lage sich gebessert habe, wieder voll arbeiten zu lassen. Nachdem dieses bis jetzt nicht eingetroffen ist, bitten wir alle Kollegen, Bietigheim bis auf weiteres zu meiden, da das Nachfragen nach Arbeit zu unserem Nachteil gereichen könnte. Die Verwaltung.

**Leipzig (Tapetenrucker).** Die am 1. September 1907 in Leipzig abgehaltene Konferenz der Tapetenrucker Deutschlands zeigte auch den hiesigen zum größten Teil noch unorganisierten Kollegen, daß ihre Arbeitsverhältnisse recht ungünstige seien, zeigte ihnen auch fernerhin klar durch die vorgenommene Statistik, daß da, wo die Kollegen gut organisiert sind, auch die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. Was früher nicht möglich war, das gelang jetzt. Die Kollegen schlossen sich bis auf 2 Mann dem Verband der Lith., Steindr. und verw. Berufe an. Am 27. Nov. hielten nun dieselben ihre erste Werkstattbesprechung ab, um über ihre Arbeitsverhältnisse und bestehende Mißstände zu beraten, eventl. über die weiter einzuschlagenden Schritte zu beschließen. Ein endgültiger Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt, da auch sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, nach einer in Kürze noch stattfindenden Besprechung, gleiche Wünsche und Forderungen formulieren wollten. Jedenfalls aber hatte die Betriebsleitung von der einsetzenden Bewegung Kenntnis erhalten, denn am 4. Dezember wurden mehrere Kollegen, Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, von seiten des Werkmeisters veranlaßt, zu einer Besprechung mit ihm zusammenzukommen. Bei dieser Gelegenheit haben sich dann auch die Kollegen ihre eventl. zu stellenden Forderungen vor der Zeit entlocken lassen, so daß sie durch den Meister zur Kenntnis der Betriebsleitung gelangten. Der weitere Verlauf der Dinge gestaltete sich nun so, daß der Meister unaufgefordert den erstmaligen Unterhändler abgab. Am 6. Dezember wurde nun sämtlichen Kollegen des Verbandes mitgeteilt, daß die Betriebsleitung folgendes bewilligen wolle: Abschaffung der 11. Stunde (dieselbe wurde bisher im Lohn verrechnet aber nicht gearbeitet) um Einrechnung des Lohnes in 10 Stunden. Sonnabends 9/10, bei Bezahlung der 1/2 Stunde. Verabreichung von Seife und Handtuch sowie 5 Minuten Waschzeit. Für Ueberstunden 20% Zuschlag und 5% Lohnerhöhung. Die Vereinbarungen sollen bis 6. Dezember 1908 gelten. Dies ist schließlich von den Kollegen angenommen worden. Selbstverständlich haben durch diese Art Verhandlungen die Hilfsarbeiter schlecht abgeschnitten, was unbedingt bei späteren Verhandlungen vermieden werden muß.

## Feuilleton.

### Eingänge.

**Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag.** II. Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1874 bis 1876. Von A. Bebel. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 184 Seiten, Preis 1 Mk.

Die Aufnahme des ersten Heftes hat gezeigt, daß mit der Veröffentlichung dieser alten Dokumente einem Bedürfnis entsprochen wurde. Die ganze Sammlung wird 5 Teile umfassen; die einzelnen Lieferungen werden so arrangiert, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können. Wir können auch das 2. Heft, das durch jede Buchhandlung, jeden Kolporteur oder direkt durch den Verlag bezogen werden kann, unseren Kollegen nur empfehlen.